

1848 – 1918 – 1989: Deutsche Revolutionserinnerungen

24. Helmstedter Universitätstage, 21.9.2018, 17.00 – 17.45

I.	Der zweifelhafte Erfolg	2
	1848: die gescheiterte Revolution.....	2
	1918: die „wunderliche“ Revolution	3
	1989: die enttäuschte Revolution	5
II.	Die ambivalente Tradition	7
	1848: die unterdrückte Überlieferung.....	7
	1918: verschämtes Gedenken	11
	1989: Gespaltene Erinnerung.....	13
III.	Der entzauberte Revolutionsbegriff und der Wandel der Erinnerungskultur	17



Abbildung 1 1848 – 1918 – 1989: Deutsche Revolutionserinnerungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

über Revolutionen sprechen wir auf den diesjährigen Universitätstagen, und den Anlass bietet natürlich das Jubiläum der vor hundert Jahren in Kiel ausgebrochenen Novemberrevolution gehen, mit der das republikanische Zeitalter anbrach, das heute selbstverständliches Fundament unserer staatlichen Verfassung ist. Aber wie achtlos gehen wir mit ihr um! Die Glorreiche Revolution in England, die 1689 den Absolutismus hinwegfegte, die Boston Tea Party, die 1773 den Beginn der revolutionären Ablösung Amerikas von England markierte, sie sind fest im Gedächtnis ihrer Nationen verankert, und ungeachtet ihrer Geringschätzung im heutigen Russland ist es auch die Russische Oktoberrevolution, die 1917 die Teilung der Welt in zwei Hemisphären begründete,. In Frankreich erinnern die Feiern zum 14. Juli jedes Jahr an die große Revolution, die die Adelsherrschaft stürzte und die République

française begründete, deren drei große Forderungen Liberté, Égalité, Fraternité bis heute jedes französische Rathaus schmücken. Wie anders halten es die Deutschen mit den revolutionären Umbrüchen von 1848, 1918 und 1989, die in unterschiedlicher Weise wesentliche Grundlagen der politischen Ordnung der heutigen Bundesrepublik geschaffen haben. Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn kommt ihnen allen nur eine symbolpolitische Statistenrolle zu. Am meisten Aufmerksamkeit erfahren noch die uns zeitlich nächstliegenden Ereignisse von 1989, deren revolutionärer Gehalt aber doch nur nachholenden und erweiternden Charakter hatte, während die die Revolutionen von 1848 und 1918 aus dem kollektiven Gedächtnis unserer Zeit weitgehend verschwunden sind; „sie gingen“, wie Dieter Langewiesche zum letzten großen Jubiläum 1998 bilanzierte, „nicht in das kollektive Gedächtnis ein, schufen keine Ursprungsmythen, derer sich die Nachgeborenen vergewisserten, wenn es galt, Zukunft zu gestalten“.¹

Wie lässt sich diese auffällige Leerstelle im deutschen Geschichtsbild erklären, worauf geht die bis heute fortwirkende Geringschätzung ihrer Revolutionen im kollektiven Gedächtnis zurück?

I. Der zweifelhafte Erfolg

Abbildung 2 Der zweifelhafte Erfolg

Ein erstes Erklärungsmodell richtet sich auf die Differenz von revolutionärem Wollen und politischem Ergebnis, die alle drei revolutionären Anläufe der deutschen Geschichte verbindet.

1848: die gescheiterte Revolution

Abbildung 3 Bild Märzrevolution

¹ Dieter Langewiesche, 1848 und 1918 – zwei deutsche Revolutionen. Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 4. November 1998, Bonn 1998, S. 5.

Am klarsten zeigt sich das Scheitern der Revolutionäre 1848: Die im Gefolge der französischen Februarrevolution die deutschen Länder im März 1848 erfassenden Erhebungen, die zur Einsetzung liberaler Regierungen und zur Einberufung einer gesamtdeutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main führten, bevor im Folgejahr preußische und österreichische Truppen von Berlin bis Wien und Baden mit militärischen Mitteln die vorrevolutionäre Ordnung wiederherstellten; sie markieren eine erstickte Volksbewegung, die zwar die erste deutsche Verfassung samt Grundrechtskatalog hervorbrachte, aber doch in ihren demokratischen Zielen glatt scheiterte und in ihren nationalen Einigungshoffnungen sich erst gute zwanzig Jahre später als die in Bismarcks Worten durch „Blut und Eisen“ vorangetriebene Reichseinigung von oben Wirklichkeit wurde. Die Märzrevolution von „1848“ konnte sich nicht in das zeitgenössische Gedächtnis einschreiben, weil sie nicht wie in Frankreich von einem geschlossenen und selbstbewussten Bürgertum getragen wurde, sondern von unterbürgerlichen Schichten, denen das liberale Bürgertum überwiegend ablehnend gegenüberstand: Die Märzrevolution von 1848 blieb eine „revolutionäre Illusion“ (Manfred Hettling), eine „ungewollte Revolution“, die die soziale und politische Zersplitterung des Landes spiegelte und an ihr scheiterte..

1918: die „wunderliche“ Revolution

Abbildung 4 Soldaten am Brandenburger Tor

Abbildung 5 Massen Unter den Linden

Ob hinter dem raschen Sieg der Novemberrevolution siebzig Jahre später ebenfalls eine Niederlage stand, hängt vom gewählten Interpretationsrahmen ab. Das leitende Orientierungsmuster der Handelnden auf sozialdemokratischer Seite jedenfalls folgte nicht dem Topos der revolutionären Entscheidungssituation, sondern dem der

bedrohten Ordnung. Was im Nachhinein als Revolution erschien, stellte sich im Handeln der MSPD-Führung als Versuch ihrer Eindämmung dar. Als Ebert am Vormittag des 9. November die Reichskanzlerschaft von Max von Baden entgegennahm, definiert er sich in seinem ersten Aufruf als Träger einer interimistischen Verantwortung, die auf den Erhalt des Reiches zielt und nicht auf die Durchsetzung eines neuen Programms: „Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit (...), bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.“²

Abbildung 6 Aufruf zur Ordnung

Abbildung 7 Gegen eine neue Revolution

Vor diesem Denkhorizont war die Revolution überflüssig, und das Handeln der sozialdemokratischen und bürgerlich-demokratischen Akteure in der Umbruchszeit war vom ersten Tag an auf Zurückdrängung und nicht auf Ausweitung der revolutionären Situation gerichtet. Für die revolutionäre Linke wiederum galt es, die Revolution überhaupt erst in Gang zu setzen. Während Philipp Scheidemann von der Brüstung eines Reichstagsfensters in den Mittagsstunden des 9. November 1918 den bereits errungenen Sieg des Volkes „auf der ganzen Linie“ feierte,

Abbildung 8 Scheidemann am Fenster der Reichskanzlei

rief Liebknecht nur Stunden später die am Schloss versammelte Menschenmenge zu einer Umwälzung in Deutschland und der Welt auf, die es erst noch zu schaffen gelte.

Aus diesem Spannungsverhältnis sollte sich dann die blutige Zuspitzung der Novemberrevolution entwickeln, die erst in den sogenannten Spartakusaufstand vom Januar 1918 und die Proklamierung von Räterepubliken im Reich führte und dann in deren gewaltsame Zerschlagung durch den neuen Staat im Bunde mit überwiegend

² Aufruf des Reichskanzlers Ebert vom 9.11.1918, in: Berlin, S. 166.

gegenrevolutionär eingestellten Freikorps. Am Ende präsentierte sich die Novemberrevolution im sozialdemokratischen Verständnis als ein bloßes Missverständnis der Massen, die gegen die eigene Regierung revoltierten³, und im kommunistischen als schändlicher Verrat an der Arbeiterklasse: „Nieder mit den Arbeitermördern Ebert-Scheidemann-Noske!“, schrieb Liebknecht in seinem letzten Artikel für die „Rote Fahne“ am 15. Januar 1919 und weiter: „Schon stehen sie am Pranger der Geschichte. Nie waren solche Judasse in der Welt wie sie, die nicht nur ihr Heiligstes verrieten, sondern auch mit eigenen Händen ans Kreuz schlagen. Wie die offizielle deutsche Sozialdemokratie im August 1914 tiefer sank als jede andere, so bietet sie jetzt, beim Morgengrauen der sozialen Revolution, das abscheuerregendste Bild.“

1989: die enttäuschte Revolution

Um den Sieg gebracht sahen sich auf andere Weise auch die Protagonisten des Protestes gegen das SED-Regime im Herbst 1989. Viele von ihnen zeigten sich noch gegen Ende 1989 vielfach ganz selbstverständlich davon überzeugt, dass die Erneuerung auf eine „sozialistisch inspirierte Alternative zur Konsumgesellschaft in der Bundesrepublik“ hinziele⁴, die Stalinismus und Thatcherismus gleichermaßen hinter sich lassen wolle.⁵ „Es geht nicht um Reformen, die den Sozialismus abschaffen, sondern um Reformen, die ihn weiterhin in diesem Lande möglich machen“, deklarierte die Resolution der Künstler

³ Rosenberg (1991): Die Entstehung der Weimarer Republik, S. 241.

⁴ So die Sicht des Herausgebers auf den gemeinsamen Schnittpunkt der von ihm im Dezember 1989 veröffentlichten Anthologie regimekritischer Texte: Hubertus Knabe, Die deutsche Oktoberrevolution, in: Ders. (Hg.), Aufbruch in eine andere DDR. Reformer und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek, 1989, S. 9-20, hier S. 19.

⁵ “In East Germany, New Forum and other groups are beginning to polarise along new lines. Some seek to influence the reform wing of the ruling Communist Party in a more social democratic direction. Others want to fight for a distinctive third camp, socialism based on new forms of popular democratic planning, and on social and co-operative ownership — equally opposed to Stalinism and East European-style neo-Thatcherism. John Palmer, Eastern bloc in search of a third way, in: The Guardian. 22.11.1989, S. 23.

vom 18.9.1989⁶ und drückte damit aus, was in vielfältigen Abstufungen den oppositionellen Aufbruch in der DDR insgesamt beseelte: „Niemand forderte das Ende des Sozialismus, keiner dachte an das Ende vom Sozialismus.⁷ Auch wenn die einzelnen oppositionellen Gruppen die Vision eines Dritten Weges mit erheblichen Abstufungen verfolgten, steht außer Frage, dass die regimekritische Bewegung der achtziger Jahre in der DDR sich insgesamt „an einem alternativen Sozialismus, nicht aber an einer Alternative zum Sozialismus“ orientierte.⁸

Zur Geschichte der ostdeutschen Revolution zählt aber auch, dass die Ziele der oppositionellen Akteure mehrheitlich wenig mit dem schließlich erzielten Ergebnis der deutschen Vereinigung zu marktwirtschaftlichen Bedingungen zu tun hatten. Nachdem sich laut einer am 15.11.1989 vom Leipziger Institut für Jugendforschung veröffentlichten Umfrage noch 86% der befragten DDR-Bürger für „den Weg eines besseren, reformierten Sozialismus“ der DDR und nur 5% für einen „kapitalistischen Weg“ ausgesprochen hatten, befürworteten Anfang Februar 1990 schon 79% die Wiedervereinigung.⁹ Mit der „Wende in der Wende“¹⁰ verwandelte sich die Hoffnung auf einen wirklichen deutschen Sozialismus in den Ort einer vergangenen Zukunft, die die Spruchbänder der Leipziger Montagsdemonstration vom 27. November so rasch wie möglich hinter sich zu lassen verlangten. Wie bitter enttäuscht viele der

⁶ Zit. n. Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg, S. 68 f.

⁷ Frank Eigenfeld, Bürgerechtsbewegungen 1988-1990 in der DDR, in: Pabst/Schultheiß/Bohley (Hg.), Wir sind das Volk?, S. 65-78, hier S. 68.

⁸ Sung-Wang Choi, Von der Dissidenz zur Opposition, S. 116. # Stellvertretend für die mit zahlreichen empirischen Belegen gegen die teleologische Entfärbung der sozialistischen Oppositionsziele anschiebende Forschungsliteratur siehe des weiteren: Dirk Rohtus, Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/90, Leipzig 1999; S. 201 ff.; Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg, S. 55 ff.; Thomas Klein, „Frieden und Gerechtigkeit!“. Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 512 ff.

⁹ Umfrage des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig, veröffentlicht am 15.11.1989, in: Peter Förster/ Günter Roski, DDR zwischen Wende und Wahl, Berlin 1990, S. 53.

¹⁰ Hartmut Zwahr, Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993, S. 139.

sich eben noch an der Spitze einer sozialistischen Erneuerungsbewegung wöhnenden Regimegegner auf diese Flucht in die D-Mark reagierten, brachte Wolf Biermann in seinem „Nachruf auf die DDR“ zum Ausdruck: „Die übergeduldigen Opfer des totalitären Regimes fordern jetzt den totalen und sofortigen Anschluß an die Bundesrepublik.“¹¹

II. Die ambivalente Tradition

Abbildung 9 Die ambivalente Tradition

Die drei deutschen Revolutionen eint, dass sie ihre Protagonisten enttäuschte, und darin liegt eine erste Erklärung für ihre schwache Traditionsbildung. Gehen wir vom Ereignis zur Erinnerung, stellt sich die Sachlage anders dar. Die realgeschichtlichen Gemeinsamkeiten lassen sich auf rezeptionsgeschichtlicher Ebene auf den ersten Blick nicht auffinden – zu stark kontrastiert das nach 1848 unterdrückte Gedenken an die Märzrevolution mit den opulenten Erinnerungsveranstaltungen zur friedlichen Revolution 1989. Und doch lassen sich auch hier gemeinsame Umstände identifizieren, die die geringe Wertschätzung deutscher Revolutionen zu verstehen helfen können.

1848: die unterdrückte Überlieferung

Infolge der Niederlage fand die Märzrevolution im weiteren 19. Jahrhundert weder in der Gedenkkultur noch in die Nationalliteratur nennenswerten Eingang, und das Fazit der im Kaiserreich marginalisierten „Achtundvierziger“, das der alte Buck in Heinrich Manns „Der Untertan“ zog, atmete nichts als Resignation: „Also war es umsonst. Auch wir waren scheinbar umsonst da.“¹² Gedenkdemonstrationen und Verfassungsfeiern in Frankfurt am Main und Berlin als den

¹¹ Wolf Biermann, Ein Nachruf auf die DDR, in: Die Zeit, 2.3.1990.

¹² Zit. b. Hettling, S. 196.

Hauptschauplätzen der 1848er-Revolution in Deutschland setzten erst nach jahrzehntelanger Pause ein und wurden von den Behörden verfolgt, als die Deutsche Fortschrittspartei im preußischen Heeres- und Verfassungskonflikts 1863 zu einer zweiten Reichsverfassungskampagne aufrief. Nach der Reichseinigung war die Erinnerung an die Revolution, die nationale und demokratische Ziele verfolgt hatte, erst recht obsolet, und „1848 wurde zur ‚verdrängten‘ Revolution“.¹³

Allein die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hielt an ihrem Gedenken fest und besetzte 1863 mit einem Gedenkmarsch von 20.000 Arbeitern zum Berliner Friedrichshain den 18. März als ihren politischen Gedenktag. Doch das Berliner Gräberfeld der Revolutionstoten auf dem Friedhofsfeiern war in den Jahren zuvor gezieltem Verfall ausgesetzt und der letzte Weg zu ihm gesperrt worden, während für die im Kampf gegen die Revolution gefallenen Soldaten der preußischen Armee 1854 im Berliner Invalidenpark ein bald als Invaliden-Säule getauftes National-Krieger-Denkmal errichtet worden war, das die Gräber der achtzehn während der Märzkämpfe in Berlin gefallenen Soldaten rahmten.

Abbildung 10 Invalidensäule

Der Friedrichshain hingegen, auf dem 1848 unter Anteilnahme der ganzen Stadt die Opfer der Märzrevolution feierlich bestattet worden waren,

Abbildung 11 Beisetzung der Märzgefallenen 1848

erhielt weder im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik ein Denkmal, sondern wurde zum Schauplatz eines klassenkämpferischen

¹³ Günter Wollstein, Gedenken an 1848. Tradition im Wandel der Zeit, in: Bernd Rill (Hg.), 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland, #. S. auch Manfred Hettling, Erlebnisraum und Ritual. Die Geschichte des 18. März 1848 im Jahrhundert bis 1948, in: Historische Anthropologie 5.1997, 417-34; Claudia Klemm: Erinnert - umstritten - gefeiert: die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur, #,

Gedenkens, bei dem sich zum 25. Jahrestag 1898 15.000 gruppenweise vorgelassene Sozialdemokraten einer schikanierenden Obrigkeit gegenüberstanden, die alle Gedenkzeichen einer revolutionären Gesinnung unterdrückte. Das immerhin nicht eingeebnete Gräberfeld

Abbildung 12 Spaziergang an den Gräbern

überdauerte das Kaiserreich und auch die Weimarer Republik; aber zur Errichtung eines Gedenksteins vermochte sich die Stadt Berlin auch unter Führung ihres demokratischen Oberbürgermeister Gustav Böß (DDP) nicht entschließen, zumal der 18. März als Gedenktag mittlerweile vor allem von der KPD und ihren jährlichen Gedenkfeiern auf dem Friedrichshain bestimmt wurde.

An diese Tradition konnte nach 1945 die SED anknüpfen, und sie trieb auch die Errichtung eines Gedenksteins voran, der endlich 1948 zur Mahnung, „einig und frei zu sein“, vom Gesamtberliner Magistrat der noch ungeteilten Stadt eingeweiht wurde,

Abbildung 13 Gedenkstein von 1948 auf dem Friedrichshain

während die als militaristisch verdamnte Invalidensäule im Invalidenpark geschleift wurde. Kurz darauf aber ging der Friedrichshain ganz in die Hand der SED über, die die jährlichen Gedenkfeiern fortan als politisches Programm nutzte – bis heute ziert das Gräberfeld neben einem Zitat Karl Liebknechts

Abbildung 14 Inschrift Karl Liebknechts

auch eine monumentale Inschrift Walter Ulbrichts.

Abbildung 15 Ulbrichts Inschrift auf dem Friedrichshain

In der Bundesrepublik hingegen wahrte die Erinnerung an 1848 nur schwache Verankerung; als die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung 18. Mai 1973 zur Erinnerung des Zusammentritts der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, flaggen ließ,

missverstanden empörte Zeitgenossen dies als unangebrachte Ehrung Breschnews, der an diesem Tag zum Staatsbesuch in Bonn eintraf.¹⁴

Erst die deutsch-deutsche Konkurrenz um die demokratischen Traditionen nach 1945 bot dem 1848er Gedächtnis neue Chancen. Als Bundespräsident Heinemann im „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ der Bundesrepublik¹⁵ energisch die unterdrückte Erinnerung an die freiheitlichen Traditionen Deutschlands und besonders „für die 1848/49er Vorgänge“ wiederzubeleben versuchte, berief er sich auf den Satz, dass die Geschichte immer von den Siegern geschrieben werde: In „der Art, wie es jetzt dargestellt wird“, werde „immer wieder dick unterstrichen: Ihr seid zusammengeschlagen worden.“¹⁶ Heinemann, dem das 1974 gegründete Rastatter Erinnerungsstätte ihre Gründung verdankt, war das erste deutsche Staatsoberhaupt, das 120 Jahre nach den Ereignissen das Denkmal für die hingerichteten Badener Revolutionäre auf dem alten Rastatter Friedhof mit einem Besuch und einem niedergelegten Blumengebinde beehrte.

Gleichwohl hat sich an der Randexistenz, die das Revolutionsgedenken im äußersten Südwesten Deutschlands bis heute führt, wenig geändert. Ihr entspricht im entgegengesetzten Nordosten der Friedhof für die Berliner Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain, der bis heute im Schatten der kollektiven Erinnerung liegt,

Abbildung 16 Das einsame Gräberfeld auf dem Friedrichshain

Abbildung 17 Abgeschlossener Friedhof

¹⁴ Wollstein, Gedenken an 1848, S. #

¹⁵ Bernd Faulenbach, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982, Bonn 2011.

¹⁶ Zit. n. Eberhard Jäckel, Die Erinnerungsstätte und Gustav W. Heinemann, in: Einigkeit und Recht und Freiheit. Erinnerungsstätte der für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Bönen/Westf. 2002, S.12-17, hier S. 13.

wenngleich ein prominent besetztes Kuratorium seit Jahren die Aufwertung des Friedhofs „als Lernort der Demokratie und positives Identitätsangebot der deutschen Geschichte“ fordert¹⁷ und 2010 zur „Einrichtung einer nationalen Gedenkstätte ‚Friedhof der Märzgefallenen‘“ aufgerufen hat.¹⁸

Abbildung 18 Kuratorium Paul Singer Verein

1918: verschämtes Gedenken

Wie die Vorgängerrevolution von 1848 muss sich auch die Novemberrevolution von 1918 mit einem Randplatz im Traditionshaushalt zufrieden geben. Sie war von Anfang eine „Revolution, die niemand wollte“¹⁹, und ihre Erinnerungsgeschichte blieb über Generationen zwischen den Polen von aggressiver Ablehnung und kritischer Verehrung angesiedelt. Von der Rechten als Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres verunglimpft,

Abbildung 19 Novemberverrat

von der Linken als schändlicher Verrat geißelt,

¹⁷ <http://www.friedhof-der-maerzgefallenen.de/gedenkortneu> (Aufruf vom 19.9.20018)

¹⁸ Die Märzrevolution in Berlin ist ein Markstein positiver deutscher Geschichte. (...) Den Friedhof der Märzgefallenen zu einer nationalen Gedenkstätte auszubauen, sind wir den Frauen und Männern schuldig, die für Freiheit und Demokratie auf den Barrikaden gekämpft haben. Um Menschenrechte und Demokratie zu erhalten und das Bewusstsein für ihre Gefährdung ebenso wie für ihren unverzichtbaren Wert zu stärken, brauchen wir die Erinnerung an die Verbrechen und das Unrecht. Dazu bedarf es aber auch der Erinnerung an den Kampf für Freiheit und Emanzipation sowie die Bewahrung und Pflege des Gedächtnisses an diejenigen, die für die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie gekämpft haben. Wenngleich es in Berlin vor dem Brandenburger Tor den ‚Platz des 18. März‘ gibt und die Forderung nach einem nationalen Gedenktag ‚18. März‘ von Bundestagsabgeordneten aller Parteien sowie dem gesamten Abgeordnetenhaus von Berlin unterstützt wird, ist der Freiheitskampf von 1848 nur Wenigen gegenwärtig. Der Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain repräsentiert nicht nur einen Ort der Revolutionsereignisse, sondern ist von Anfang an bewusst als ein Denkmal zur Erinnerung an die gefallenen Barrikadenkämpfer geschaffen worden. Er steht zusammen mit der Frankfurter Paulskirche und der Festung Rastatt symbolisch für die Ideale der Revolutionäre von 1848. Denkmale und Grabstätten erklären sich nicht selbst. Der Friedhof der Märzgefallenen muss zu einem Lernort für die Geschichte der Demokratie in Deutschland werden. Der Friedhof der Märzgefallenen sollte in den Rang einer nationalen Gedenkstätte erhoben werden, zumal er auch an die Revolution von 1918 erinnert. Die temporäre Ausstellung muss zu einer dauerhaften werden. Es gilt, an den Geist der 48er anzuknüpfen. Die Ideale der Revolution haben damals wie heute ihre Gültigkeit.“ Aufruf zur Einrichtung einer nationalen Gedenkstätte „Friedhof der Märzgefallenen“, <http://www.friedhof-der-maerzgefallenen.de/dateien/kuratorium-aufruf.pdf>. (Aufruf vom 19.9.2018)

¹⁹ Andreas Wirsching, Die paradoxe Revolution 1918/19, in: APuZ 50.51, 2008, S. 7-12, hier S. 11.

vermochte die Novemberrevolution während der gesamten Zeit der ersten Republik keine belastbare Tradition zu stiften. und ihr zehnjähriges Jubiläum wurde kaum beachtet. Das Berliner Tageblatt begnügte sich mit einer kurzen Notiz über eine „Massenkundgebung in Leipzig“, die ein „lebendiges Bild von den Tagen der Revolution“ zeichnete²⁰,

während die Vossische Zeitung den zehnten Jahrestag der Revolution mit einer kurzen Betrachtung Gustav Stresemanns unter dem bezeichnenden Titel „Niederbruch und Wiederaufstieg“ abtat, in der das Wort Revolution nicht ein einziges Mal auftauchte.²¹:

Auch nach 1945 genoss die Revolution hüben und drüben keinen Kredit. In der DDR wurde das ganze Arsenal von Lehrbüchern, Zeitzeugenberichten und Spielfilmen eingesetzt, um die Führung der sozialdemokratischen Mehrheitspartei in der Novemberrevolution als „Haupthindernis des nationalen und sozialen Befreiungskampfes“, als „Steigbügelhalter der Großbourgeoisie“ und „Agentur der imperialistischen Bourgeoisie in der Arbeiterklasse“ zu brandmarken.²² So wie die SED die Verratsthese der Weimarer KPD tradierte, nahm der bundesdeutsche Revolutionsdiskurs das Gegensatzpaar von Ordnung und Chaos wieder auf. Ihr bekanntester Sprecher wurde Karl-Dietrich Erdmann, der die Entscheidungssituation des Novembers 1918 auf die Wahl zwischen einem konkreten Entweder – Oder zuspitzte: „die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Revolution

²⁰ Massenkundgebung in Leipzig, in: Berliner Tageblatt, 9.11.1928.

²¹ Stresemann zum 9. November, in: Vossische Zeitung, 9.11.1918.

²² Schreiner (1954): Disposition für das Hochschullehrbuch der Geschichte des deutschen Volkes (1918–1945), S. 717, 720 u. 734.

hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps“.²³

Während das DDR-Bild der Novemberrevolution über Jahrzehnte weitgehend unverändert blieb²⁴, wurde ihr westliches Gegenmodell einer bedrohten Ordnung in der Geschichtswissenschaft ab den frühen sechziger Jahren immer stärker durch den Topos der verpassten Chance in Frage gestellt. Eberhard Kolb zeigte 1962 in einer bahnbrechenden Studie, dass die Arbeiterräte eben kein Instrument der bolschewistischen Revolution, sondern überwiegend von SPD und USPD-Anhängern dominiert waren.²⁵ In der Folge und in deutlichem Reflex auf die Revolutionsromantik der Studentenbewegung wandelte sich die tradierte Vorstellung der aus politischer Verantwortung eingedämmten Revolution in das Bild der steckengebliebenen Revolution oder gar „Nicht-Revolution“, die die Potenziale des demokratischen Aufbruchs zum Schaden für die Folgezeit und bis in die Gegenwart verspielt habe. Keiner dieser historischen Narrative war geeignet, der Novemberrevolution eine feste Verankerung im kollektiven Gedächtnis zu geben.

Abbildung 23 Haffners Buch

1989: Gespaltene Erinnerung

Breit erinnert wird im deutschen Revolutionszyklus einzig der Umbruch des Herbstes 1989, für den sich rückblickend die Bezeichnung „friedliche Revolution“ eingebürgert hat. Bei näherem Hinsehen erweist sich allerdings auch hier die Anerkennung als Revolution als durchaus begrenzt und halbherzig: Der besondere Charakter des Umbruchs in der DDR 1989/90, der mehr auf dem Verfall von Konsensordnung und

²³ Erdmann (1955): Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, S. 7.

²⁴ John (2002): Das Bild der Novemberrevolution 1918, S. 48.

²⁵ Kolb (1962): Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919.

Fortschrittsperspektive beruhte als auf der Entfaltung politischer Gegenmacht, setzt sich in der Uneinheitlichkeit seiner nachträglichen Benennung fort. In breiten Teilen besonders der ostdeutschen Gesellschaft präsentiert der Herbst 1989 sich erinnerungsgeschichtlich weit stärker als ein Staatsbankrott, und seine im Gedächtnis unserer Zeit haftenden Bildikonen sind die hilflosen Sprecher der Macht wie Schabowski und mit ihnen die freudetrunkenen Massen bei der Maueröffnung, aber sehr viel weniger die Helden des Umsturzes und die Bannerträger der siegreichen Überwindung der überlebten Ordnung. Vor diesem Erfahrungshorizont aber blieb die pathetische Etikettierung des Umbruchs von 1989 als Revolution den Zeitgenossen außerhalb der Sphäre staatlicher Gedenkrituale bis heute eher fremd, und dies manifestierte sich sprachlich in der parallelen Etikettierung des Herbstes 1989 als „Wende“, die sich bis heute auch statistisch nachweisen lässt.

Abbildung 24

Abbildung 25

Um die Legitimität und Illegitimität dieses Ausdrucks entbrannten in den 1990er Jahren heftige Debatten, die überwiegend mit geschichtspolitischen Argumenten geführt wurden und der fachlich begründeten Behauptung, dass der Terminus im Herbst 1989 zunehmend „im Sinne systemstürzender Veränderungen“ benutzt wurde²⁶, mit dem volkspädagogischen Gegenargument begegneten, daß es „für eine sich auch als Aufklärung verstehende Historiografie gänzlich inakzeptabel“ sei, „dem Volk [...] den Begriff einer Wende“ zuzubilligen.²⁷

²⁶ Michael Richter, Die Wende. Plädoyer für eine umgangssprachliche Benutzung des Begriffs, in: Deutschland Archiv 40, 2007, 861–868, hier 865.

²⁷ Rainer Eckert, Gegen die Wende-Demagogie – für den Revolutionsbegriff, in: ebd., 1084–1086, hier 1085. In seinem Plädoyer für die Verwendung des Terminus „friedliche Revolution“ führt Eckert weiterhin an, daß die „Masse der Ostdeutschen inzwischen die Erinnerung an die Revolution verdrängt oder vergessen hat. Genau hier gilt es anzusetzen. [...] Diejenigen, die die Möglichkeit besitzen, mit ihren jeweiligen Mitteln die öffentliche Meinung mit zu prägen, haben mit diesem Privileg auch die Verantwortung zur Stärkung eines demokratischen Geschichtsbewusstseins übernommen.“ Ebd., 1085f. Mit Recht wies Richter in seiner Replik darauf hin, daß mit solchen Erwägungen der systematische Unterschied zwischen Wissenschaft und Erinnerungskultur gänzlich aufgehoben sei: „Als Historiker bin ich historischen Tatsachen verpflichtet, weniger pädagogischen

Alltagssprachlich hat sich die nüchterne Rede von der Wende behauptet, gedenkpolitisch hingegen der pathetischere Ausdruck friedliche Revolution. „Die Ereignisse, die zum Ende der DDR führten lassen sich zweifellos als »revolutionär« bezeichnen, heißt es dementsprechend auf der *homepage* der Sächsischen Staatskanzlei.

Abbildung 26 Homepage

Abbildung 27 Zitat zur Wende

„Der Begriff der „Wende“ wurde dagegen von einem Vertreter des alten Regimes, Egon Krenz geprägt, der am 18. Oktober 1989 verkündete: »Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen“²⁸. Ironischerweise geht allerdings auch die paradox anmutende Sprachschöpfung „friedliche Revolution“ auf Egon Krenz zurück, der eine Woche nach dem Fall der Mauer auf einer Pressekonferenz erklärte: „Und Sie werden feststellen, wir machen eine friedliche Revolution, und ich bin froh und glücklich darüber, daß unser Volk eine solche Stimmung hat, auf die Straße geht, aber daß es auch nicht vergißt zu arbeiten.“²⁹

Abbildung 28 Egon Krenz

Die alltagssprachliche Scheu vor dem ‚R-Wort‘ im Umgang mit dem Umbruch von 1989/90 lässt sich daher nicht allein auf die Bildung unterschiedlicher Erinnerungsgemeinschaften nach 1989 und beklagenswerte Integrationsschwächen des Projekts Deutsche Einheit zurückführen. Vielmehr ergibt sie sich mindestens ebenso stark aus den Eigentümlichkeiten des historischen Umbruchs selbst, der mehr vom *Machtverfall* der kommunistischen Herrschaft als vom *Machterwerb* einer erstarkenden Gegnerschaft bestimmt war. Die staatliche Gedenkpolitik

Erwägungen.“ *Michael Richter*, Ebenfalls gegen die Wende-Demagogie und für den Revolutionsbegriff, in: ebd., 1086f., hier 1087.

²⁸

²⁹ Wir arbeiten für eine friedliche Revolution. Egon Krenz antwortete auf Fragen der Weltpresse, in: Neues Deutschland, 18./19.11.1989

hat diesen historischen Kontext weitgehend ausgeblendet und den zunächst überwiegend auf einen „verbesserlichen Sozialismus“ zielenden Aufstand der Ostdeutschen gegen das SED-Regime mit teleologischer Unbefangenheit ganz in den Weg zur Deutschen Einheit geholt, wie der Freistaat Sachsen zum 25jährigen Jubiläums des Mauerfalls 1989 vorführte: „Die Friedliche Revolution vor 25 Jahren ist ein historischer Meilenstein auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Mit Parolen wie »Wir sind das Volk«, »Auf die Straße!« oder »Keine Gewalt!« protestierten im Herbst 1989 Hunderttausende auf friedlichem Wege gegen das SED-Regime, gegen die politischen Verhältnisse und für die Wiedervereinigung. Kernland der Forderung nach Freiheit und Demokratie war der heutige Freistaat Sachsen. Nach mehr als 40 Jahren deutscher Teilung gipfelte die Entwicklung in der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990.“

Abbildung 29

Die damit verbundene Enteignung der zeitgenössischen Erfahrung von der ersten Aufbruchsbereitschaft 1989 bis zur anschließenden Beitrittsrealität nach 1990 hat die fachwissenschaftlich unumstrittene Etikettierung der ostdeutschen Diktaturüberwindung als Revolution bis heute einen hohlen und künstlichen Beigeschmack gegeben. Sie steht im Zentrum der jährlichen Gedenkfeiern zum 9. November und entwickelt sich doch mehr und mehr zu einem ritualisierten Bekenntnis, dem die öffentliche Geschichtskultur nur zögernd folgt: Der Bau des als „Bürgerwippe“ verspotteten zentralen Denkmals kommt trotz ausdauernder politischer Anstrengungen nicht vom Fleck, aber selbst wenn es denn einmal stehen sollte, wird es jedenfalls kein Revolutions-, sondern ein umstrittenes Freiheits- und Einheitsdenkmal sein, das ausgerechnet vor dem wiedererrichteten Berliner Hohenzollernschloss steht.

III. Der entzauberte Revolutionsbegriff und der Wandel der Erinnerungskultur

Abbildung 30

Verlauf und Rezeption der Ereignisse selbst machen also erklärlich, dass die zwei der drei Revolutionen ein Mauerblümchendasein „ohne Strahlkraft“ in der ansonsten blühenden deutschen Erinnerungskultur führen und nur zu Jubiläen wie dem 150. Jahrestag der Märzrevolution von 1848 und jetzt dem 100. Jahrestag der Novemberrevolution kurzzeitig öffentliche Würdigung erfahren.³⁰

Aber es kommt noch ein Moment hinzu, das sich nicht aus den Ereignissen selbst ergibt, sondern aus einer Verschiebung des politischen und geschichtlichen Sinnhorizonts: Mit dem Auslaufen des Fortschrittszeitalters im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts verlor auch der gewaltromantische Mythos der Revolution als Lokomotive der Weltgeschichte seine Strahlkraft

Abbildung 31 Lokomotive mit Rotem Stern

Abbildung 32 Die ausrangierte Lokomotive in Karelien

und mutierte die Figur des sein Leben in den Dienst des gewalttätigen Fortschritts stellenden Berufsrevolutionärs in Gestalt von Che Guevara oder Rudi Dutschke zur Popikone. Zugleich ließ die „Fundamentalliberalisierung“ der Bundesrepublik seit den späten 1960er Jahren die politischen und kulturellen Defizite verblassen, die sich im linksliberalen Verständnis auf die misslungenen Revolutionen von 1848 und 1918 und den sogenannten deutschen Sonderweg zurückführen.

Nicht weniger entscheidend für den Bedeutungsverlust der Novemberrevolution ist der Paradigmenwandel, der sich mit dem

³⁰ Gallus (Hrsg.) (2010): Die vergessene Revolution.

aufkommenden Aufarbeitungszeitalter verbindet. Die viktimistische Erinnerungskultur unserer Zeit ist unheldisch. Sie interessiert sich nicht mehr für den monumentalen Helden, wie er noch in der DDR-Inszenierung auf dem Friedrichshain zu finden ist,

Abbildung 33 Der rote Matrose

Abbildung 34 Die Heldeninschrift auf dem Friedrichshain

sondern konzentriert sich stärker auf das Leiden der Opfer als auf das Handeln der Macher, und es verbindet die gewachsene Distanz gegenüber den revolutionären Utopien mit der entschiedenen Absage an die Gewalt. Der tiefste Grund für die anhaltende Blässe des deutschen Revolutionsgedächtnisses liegt in einer Verschiebung der zeithistorischen Blickachse, die nicht mehr auf die Überwindung eines vermeintlichen deutschen Sonderwegs ausgerichtet ist, sondern die Ursachen des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs in das Zentrum gerückt hat. Der Blick auf die unvollendeten Revolutionen von 1848/49 und 1918/19 aber kann die Schwäche der Weimarer Demokratie und die illiberalen Traditionen der frühen Bundesrepublik erklären helfen; aber zum Verständnis der im Holocaust mündenden Katastrophe des 20. Jahrhunderts gibt er so wenig her wie die Beschäftigung mit dem Umbruch von 1989, und daraus resultiert die Nachrangigkeit des deutschen Revolutionsgedächtnisses im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn.